



Europe.Table

#1023 / 9. September 2025

SOTEU: Von der Leyen muss Führungsstärke beweisen

Von Till Hoppe, Stephan Israel und Janos Allenbach-Ammann

Nach dem „Sommer der Erniedrigung“ muss die Kommissionspräsidentin versuchen, ein Signal des Aufbruchs zu senden. Doch Ursula von der Leyen agiert nicht aus einer Position der Stärke.

Selten zuvor sind die Europaabgeordneten in derart trüber Stimmung aus der Sommerpause gekommen. Donald Trump hat den Europäern in Schottland und Alaska die eigene Machtlosigkeit vor Augen geführt, der einseitige Zolldeal, das Treffen mit Wladimir Putin lassen das Wort vom „Sommer der Erniedrigung“ kursieren. Umso größer sind die Erwartungen an die Kommissionspräsidentin, die am Mittwoch in Straßburg ihre jährliche Rede zur Lage der EU halten wird.

Die Abgeordneten erwarten von Ursula von der Leyen vor allem:

Führungsstärke. Die Europäische Union befinde sich in einer „dramatischen Lage“, sagt der Chef der SPD-Abgeordneten, René Repasi. Sie müsse nun endlich „unter der Führung von Frau von der Leyen ihre hausgemachten Probleme angehen“. Die Abhängigkeit von der Militärmacht USA, die kostspielige Unterstützung der Ukraine, die eigene wirtschaftliche und technologische Schwäche – die To-Do-Liste ist lang. Die Fraktionschefin der Liberalen, Valérie Hayer, forderte in einem Brief an von der Leyen daher „mutige, visionäre und beispiellose Maßnahmen“.

Von der Leyen wird sich bemühen, Aufbruchstimmung zu verbreiten. Am Montag veröffentlichte die Kommission bereits einen Überblick über die Errungenschaften des vergangenen Jahres. Doch Illusionen über die Dimension der Aufgabe verbreitet sie nicht: „Das Zeitalter des Großmächte-Wettbewerbs ist

zurück“, schreibt die Behörde darin. Auf die etablierte Sicherheitsarchitektur könne sich Europa nicht länger wie selbstverständlich verlassen, Wirtschafts- nicht mehr getrennt von Sicherheitsfragen betrachtet werden.

Von der Leyen geht die Aufgaben aber nicht aus einer Position der Stärke an. Frankreich taumelt in eine neue Regierungskrise, die in Brüssel Sorgen vor einer Finanzkrise nährt. Polens Donald Tusk, Spaniens Pedro Sánchez und selbst Kanzler Friedrich Merz haben zu Hause ebenfalls schwer zu kämpfen. In Tschechien zeichnet sich ein Wahlsieg des Rechtspopulisten Andrej Babiš Anfang Oktober ab. Er könnte die Blockademacht seiner Kollegen Viktor Orbán und Robert Fico stärken.

Im Europaparlament schwelen zudem die Konflikte zwischen den Fraktionen der informellen Koalition. Die Sozialdemokraten stellen von der Leyens Zolldeal mit Trump infrage, dabei hat sie kaum Spielraum nachzuverhandeln. In den Mitgliedstaaten oft nicht mehr in Regierungsverantwortung, verhalte sich die S&D zunehmend wie eine Oppositionspartei, sagt ein EU-Diplomat. Die schwindende Geschlossenheit der Plattform erlaubt es Links- und Rechtsaußen, die Kommissionspräsidentin über das Instrument des Misstrauensvotums direkt zu attackieren.

In Brüssel wird erwartet, dass von der Leyen in ihrer Rede die großen Linien zeichnen wird. Oberste Priorität dürfte das Thema Verteidigungsfähigkeit haben. Die Kommissionspräsidentin wird das große Interesse der Mitgliedstaaten am [Safe-Instrument](#) als Erfolg präsentieren. Heute soll EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubilius bekanntgeben, wie die 150 Milliarden Euro an Krediten verteilt werden sollen.

Als Neuerung wird von der Leyen die Idee eines Verteidigungssemesters präsentieren. Die Mitgliedstaaten sollen ähnlich wie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik halbjährlich über Fortschritte bei der Umsetzung des Weißbuchs für Verteidigung berichten. Die Kommission will damit den Druck auf die Mitgliedstaaten aufrechterhalten, mit der Stärkung von Europas Verteidigungsfähigkeit ernst zu machen. In den Hauptstädten dürften die Berichtspflichten auf wenig Begeisterung stoßen.

Europa werde in der Ukraine verteidigt, wird von der Leyen bekräftigen. Die Kommission beziffert die Finanzierungslücke auf 40 bis 60 Milliarden Euro in den nächsten zwölf Monaten. Die Präsidentin dürfte auf ein Papier von Valdis Dombrovskis verweisen. Der Wirtschaftskommissar will im Herbst Optionen präsentieren, wie die eingefrorenen russischen Staatsbankgelder zur Finanzierung der Ukrainehilfen besser genutzt werden können.

Thema wird auch das 19. Sanktionspaket sein, das die Kommission den Mitgliedstaaten noch diese Woche präsentieren will. Der

Sanktionsbeauftragte David O ´ Sullivan war am Montag in Washington für Gespräche im Finanzministerium, wie ein Sprecher der Kommission bestätigte. Die EU hofft, die Trump-Administration davon überzeugen zu können, gemeinsam den Druck auf Moskau zu erhöhen. Im Gespräch sind weitere Strafmaßnahmen gegen die russische Schattenflotte, gegen den Finanzsektor sowie Zölle auf russische Exporte.

Von der Leyen wird in ihrer Rede zudem versuchen, Kritik am zögerlichen Umgang der EU mit Israel vorwegzunehmen. Kaja Kallas hat im Sommer vor

dem Hintergrund der humanitären Katastrophe im Gazastreifen eine Teilsuspendierung Israels beim Zugang zu Horizon Europe vorgeschlagen. Die Außenbeauftragte hat dafür aber die nötige qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht bekommen. Von der Leyen könnte dem Vernehmen nach einen neuen Vorstoß für Handelseinschränkungen machen.

Wirtschaftspolitisch dürfte von der Leyen die Bedeutung des

Binnenmarktes betonen. In Zeiten internationaler Handelskonflikte bietet der gemeinsame Markt noch Wachstumspotenzial. Um es zu heben, „darf von der Leyen aber den Konflikt mit den Mitgliedstaaten nicht scheuen“, sagt Andreas Schwab (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP. Bei der Arbeitskräftefreizügigkeit bremsen meist Frankreich, bei der Dienstleistungsfreiheit allen voran Deutschland.

Viel vorzuweisen hat von der Leyen bislang nicht. Am Dienstag jährt sich die Publikation des Draghi-Berichts. Der ehemalige italienische Premierminister hatte in seinem [Bericht](#) „radikale Veränderungen“ empfohlen: Die Hürden innerhalb des Binnenmarkts müssten abgebaut und die Kapitalmärkte integriert werden. Zudem seien viel mehr Investitionen in Zukunftstechnologien notwendig, argumentierte Draghi.

Die Kommission hat dem Bericht aber noch nicht viel konkrete Maßnahmen folgen lassen. Bei der Integration der Kapitalmärkte geht sie aufgrund mangelnder Unterstützung der Mitgliedstaaten nur zaghaft voran. Einen relevanten Mittelzuwachs für eine europäische Industriepolitik schlägt sie erst für den neuen Finanzrahmen ab 2028 vor.